IMT Nuremberg Archives

H – 3598

International Court of Justice

H3598 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 4 August 1948

I certify that Document Number TC-24 was introduced into evidence as Exhibit Number GB-44 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3598 – 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document T(-24 No. GB - 77 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 4 August 1948

TC 24

DEPARTMENT OF STATE
WASHINGTON

TO ALL TO WHOM THESE PRESENTS SHALL COME, GREETING:

I certify that the documents hereunto annexed are (1) a true copy of the official German and Danish texts of the treaty of nonaggression between Germany and Denmark signed at Berlin May 31, 1939, as printed in the German Reichsgesetzblatt, part II, July 4, 1939 (no. 28), pages 856-858, a copy of which was transmitted to the Department of State with despatch no. 1234 of August 1, 1939 from the American Embassy at Berlin, and (2) a true photostatic copy of the French and English translations of the treaty, as printed in the League of Nations Treaty Series, volume CXCVII, pages 40-41.

I further certify that, according to the official records of the Department of State, the instruments of ratification of the treaty were exchanged at Berlin June 24, 1939, on which date the treaty entered into force for an initial period of ten years and for further ten year periods unless denounced, in accordance with the provisions of article 2 thereof.

INTE... TRIBUNAL
NUR ...MANY
GB Exhibit 77
Filed Dec 6, 1945

H3598 - 0004

H3598 - 0005

I further certify that the Department of State has received no official information that this treaty has been denounced by either party thereto.

IN TESTIMONY WHEREOF, I have hereunto set my hand and caused the Seal of the Department of State to be affixed at the City of Washington, in the District of Columbia, this thirty-first day of August, 1945.

James F. Byrnes

Secretary of State
of the United States of America.

037013

Enclosure No. 1 to despatch
No. 1234, dated Aug. 1/39.
from the American Embassy
Berlin, Germany.

Reichsgesetzblatt

Teil II

1939	Ausgegeben zu Berlin, den 4. Juli 1939	Nr. 28

Tag	Inhalt	Seite
31. 5. 39	Verordnung zur Ausführung des deutsch-griechischen Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts	847
22. 6. 39	Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung	848
28. 6. 39	Bekanntmachung über das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts	848
28. 6. 39	Bekanntmachung über den deutsch-dänischen Nichtangriffsvertrag	856
29. 6. 39	Bekanntmachung über die Anwendung des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten in Burma	858

Verordnung zur Ausführung des deutsch-griechischen Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts.

Vom 31. Mai 1939.

Auf Grund des Artikels 4 Satz 2 des Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich vom 24. März 1933 (Reichsgesetzbl. 1933 I S. 141; 1939 I S. 95) wird zur Ausführung des deutsch-griechischen Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts vom 11. Mai 1938 (Reichsgesetzbl. 1939 II S. 849) folgendes verordnet:

Artikel 1

Zustellungsanträge und Rechtshilfeersuchen

§ 1

Für die Erledigung der in den Artikeln 1 und 7 des Abkommens vorgesehenen Angelegenheiten ist das Amtsgericht zuständig, in dessen Bezirk die Amtshandlung vorgenommen werden soll.

§ 2

Für die Übermittlung eines Zustellungsantrags oder eines Rechtshilfeersuchens durch den Konsul des Reichs beträgt die Gebühr 1,50 Reichsmark.

§ 3

Die für die Erhebung von Auslagen geltenden reichs- und landesrechtlichen Vorschriften finden auf die gemäß Artikel 25 Abs. 1 Sätze 2 und 3 des Abkommens von der ersuchten griechischen Behörde mitgeteilten Auslagen entsprechende Anwendung.

Artikel 2

Vollstreckbarerklärung von Kostenentscheidungen

§ 4

(1) Die im Artikel 16 des Abkommens bezeichneten Kostenentscheidungen der griechischen Gerichte werden durch Beschluß des Amtsgerichts für vollstreckbar erklärt.

(2) Örtlich zuständig ist das Gericht, bei dem der Kostenschuldner seinen allgemeinen Gerichtsstand hat, und in Ermangelung eines solchen das Gericht, in dessen Bezirk sich Vermögen des Kostenschuldners befindet oder die Vollstreckungshandlung vorzunehmen ist.

§ 5

Ist der Antrag auf Vollstreckbarerklärung auf diplomatischem Wege gestellt, so hat das Amtsgericht eine von Amts wegen zu erteilende Ausfertigung seines Beschlusses dem Reichsjustizministerium einzureichen; die Ausfertigung ist, falls dem Antrag stattgegeben wird, mit der Vollstreckungsklausel zu versehen. Ist der Antrag auf Vollstreckbarerklärung durch die beteiligte Partei unmittelbar gestellt worden, so ist der Beschluß beiden Teilen von Amts wegen zuzustellen.

§ 6

(1) Gegen Beschlüsse, durch die der Antrag auf Vollstreckbarerklärung abgelehnt wird, findet die Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 571, 573 bis 575 der Reichs-Zivilprozeßordnung statt. Die Beschwerde steht, sofern der Antrag auf diplomatischem Wege gestellt ist, dem Staatsanwalt, sofern er durch die beteiligte Partei unmittelbar gestellt ist, dem Antragsteller zu.

(2) Gegen Beschlüsse, durch die dem Antrag auf Vollstreckbarerklärung stattgegeben wird, steht dem Kostenschuldner die sofortige Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 575, 577 der Reichs-Zivilprozeßordnung zu.

§ 7

Aus den für vollstreckbar erklärten Kostenentscheidungen findet die Zwangsvollstreckung gemäß den Vor-

037414

H3598 – 0006

schriften der Reichs-Zivilprozeßordnung statt; die Vorschrift des § 798 gilt entsprechend.

§ 8

(1) Für die gerichtlichen Entscheidungen, die über den Betrag der Gerichtskosten nach Artikel 16 Abs. 2 des Abkommens zur Herbeiführung der Vollstreckbarerklärung in Griechenland zu erlassen sind, ist das Gericht der Instanz zuständig. Die Entscheidungen ergehen auf Antrag der für die Beitreibung der Gerichtskosten zuständigen Behörde.

(2) Gegen die Entscheidung findet die sofortige Beschwerde nach Maßgabe der §§ 568 bis 577 der Reichs-Zivilprozeßordnung statt. Die Einlegung kann d Erklärung zu Protokoll der Geschäftsstelle oder schr lich ohne Mitwirkung eines Rechtsanwalts erfolg Die von einem Oberlandesgericht getroffene Entsch dung unterliegt der Anfechtung nicht.

§ 9

In der Ostmark und in den sudetendeutschen Gebiete werden die Kostenentscheidungen bis zur Vereinheitlichung des Verfahrensrechtes nach den Vorschriften de dort geltenden Exekutionsordnung für vollstreckbar erklärt; die §§ 4 bis 8 finden insoweit keine Anwendung.

Berlin, den 31. Mai 1939.

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Freiherr von Weizsäcker

Bekanntmachung über den Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen auf einer Ausstellung.

Vom 22. Juni 1939.

Der durch das Gesetz vom 18. März 1904 (Reichsgesetzbl. S. 141) vorgesehene Schutz von Erfindungen, Mustern und Warenzeichen tritt ein für die vom 27. August bis 3. September 1939 in Bad Kreuznach stattfindende Zweite Reichstagung des Deutschen Weinbaues.

Berlin, den 22. Juni 1939.

Der Reichsminister der Justiz
In Vertretung
Dr. Schlegelberger

Bekanntmachung über das deutsch-griechische Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts.

Vom 28. Juni 1939.

Am 11. Mai 1938 ist in Athen von Vertretern des Deutschen Reichs und des Königreichs Griechenland ein Abkommen über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts unterzeichnet worden. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Das Abkommen ist ratifiziert worden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 17. Mai 1939 in Berlin stattgefunden. Das Abkommen tritt gemäß seinem Artikel 29 Abs. 3 am 17. Juli 1939 in Kraft.

Zur Ausführung des Abkommens ist die Verordnung vom 31. Mai 1939 zur Ausführung des deutsch-griechischen Abkommens über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts (Reichsgesetzbl. II S. 847) erlassen worden.

Berlin, den 28. Juni 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen
von Ribbentrop

Der Reichsminister der Justiz
Dr. Gürtner

* * *

937015

H3598 – 0007

Abkommen

zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Griechenland über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts.

Das Deutsche Reich und das Königreich Griechenland, von dem Wunsche geleitet, in Zivil- und Handelsangelegenheiten den Rechtsschutz der Angehörigen des Deutschen Reichs in Griechenland und der Angehörigen des Königreichs Griechenland in Deutschland sowie die Verpflichtung der Gerichtsbehörden beider Länder zu gegenseitiger Rechtshilfe zu regeln, sind übereingekommen, zu diesem Zweck einen Vertrag abzuschließen, und haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

Herrn Viktor Prinz zu Erbach-Schönberg, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister,

Seine Majestät der König der Hellenen:

Seine Exzellenz Herrn Andreas Delmouzos, Generaldirektor im Ministerium des Äußern, außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister.

Die Bevollmächtigten haben sich, nachdem sie einander ihre Vollmachten mitgeteilt und diese in guter und gehöriger Form befunden haben, über folgende Bestimmungen geeinigt:

I. Mitteilung gerichtlicher und außergerichtlicher Urkunden

Artikel 1

(1) In Zivil- und Handelssachen erfolgt die Zustellung von Schriftstücken, die für eine im Gebiet des anderen Staates befindliche Person bestimmt sind, auf einen Antrag, der von dem Konsul des ersuchenden Staates im Deutschen Reich dem Präsidenten des Landgerichts, in Griechenland dem Staatsanwalt bei dem Gerichtshof erster Instanz übermittelt wird, in dessen Bezirk die Zustellung erfolgen soll. Der Antrag hat die Behörde, von der er ausgeht, den Namen und die Stellung der Parteien, die Anschrift des Empfängers und die Art des zuzustellenden Schriftstücks zu bezeichnen. Der Antrag ist in der amtlichen Sprache des ersuchenden Staates abzufassen. Eine Übersetzung des Antrags in die Sprache des ersuchten Staates ist beizufügen; dabei sind die von den beiden Regierungen einander mitzuteilenden doppelsprachigen Vordrucke zu benutzen.

ΣΥΜΒΑΣΙΣ

ΜΕΤΑΞΥ ΤΟΥ ΓΕΡΜΑΝΙΚΟΥ ΡΑΪΧ ΚΑΙ ΤΟΥ ΒΑΣΙΛΕΙΟΥ ΤΗΣ ΕΛΛΑΔΟΣ ΠΕΡΙ ΑΜΟΙΒΑΙΑΣ ΔΙΚΑΣΤΙΚΗΣ ΑΝΤΙΛΗΨΕΩΣ ΕΠΙ ΥΠΟΘΕΣΕΩΝ ΑΣΤΙΚΟΥ ΚΑΙ ΕΜΠΟΡΙΚΟΥ ΔΙΚΑΙΟΥ

Τὸ Γερμανικὸν Ράϊχ καὶ τὸ Βασίλειον τῆς Ἑλλάδος, ἀγόμενα ὑπὸ τῆς ἐπιθυμίας νὰ ρυθμίσωσι τὴν δικαστικὴν προστασίαν τῶν ἐν Ἑλλάδι ὑπηκόων τοῦ Γερμανικοῦ Ράϊχ καὶ τῶν ἐν Γερμανίᾳ ὑπηκόων τοῦ Ἑλληνικοῦ Κράτους, ἐπὶ ὑποθέσεων ἀστικοῦ καὶ ἐμπορικοῦ δικαίου, ὡς καὶ τὴν ὑποχρέωσιν τῶν δικαστικῶν ἀρχῶν ἀμφοτέρων τῶν χωρῶν περὶ ἀμοιβαίας δικαστικῆς ἀντιλήψεως, ἀπεφάσισαν νὰ συνάψωσι πρὸς τοῦτο σύμβασιν καὶ διώρισαν ὡς πληρεξουσίους αὐτῶν.

Ὁ Καγκελλάριος τοῦ Γερμανικοῦ Ράϊχ:

τὴν Αὐτοῦ Ἐξοχότητα τὸν Πρίγκηπα Βίκτωρα zu Erbach-Schönberg, Ἔκτακτον Ἀπεσταλμένον καὶ Πληρεξούσιον Ὑπουργόν,

Ἡ Αὐτοῦ Μεγαλειότης ὁ Βασιλεὺς τῶν Ἑλλήνων:

τὴν Αὐτοῦ Ἐξοχότητα τὸν κύριον Ἀνδρέαν Δελμοῦζον, Ἔκτακτον Ἀπεσταλμένον καὶ Πληρεξούσιον Ὑπουργόν, Γενικὸν Διευθυντὴν τοῦ ἐπὶ τῶν Ἐξωτερικῶν Ὑπουργείου,

Οἱ πληρεξούσιοι, ἀνακοινώσαντες ἀλλήλοις τὰ ἐαυτῶν πληρεξούσια καὶ εὑρόντες ταῦτα καλῶς καὶ δεόντως ἐκδεδομένα, συνεφώνησαν τὰς ἑπομένας διατάξεις.

I. ΕΠΙΔΟΣΙΣ ΔΙΚΑΣΤΙΚΩΝ ΚΑΙ ΕΞΩΔΙΚΩΝ ΕΓΓΡΑΦΩΝ

Ἄρθρον 1.

1. Ἐπὶ ἀστικῶν καὶ ἐμπορικῶν ὑποθέσεων ἡ ἐπίδοσις ἐγγράφων προοριζομένων διὰ πρόσωπον εὑρισκόμενον ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἑτέρου Κράτους γίνεται δι' αἰτήσεως διαβιβαζομένης ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ αἰτοῦντος Κράτους, ἐν μὲν τῷ Γερμανικῷ Ράϊχ πρὸς τὸν Πρόεδρον τοῦ Πρωτοδικείου (Landgericht), ἐν Ἑλλάδι δὲ πρὸς τὸν Εἰσαγγελέα τοῦ Πρωτοδικείου, εἰς τὴν περιφέρειαν τοῦ ὁποίου δέον νὰ γίνῃ ἡ ἐπίδοσις. Ἡ αἴτησις δέον νὰ καθορίζῃ τὴν ἀρχὴν ἐξ ἧς προέρχεται, τὸ ὄνομα καὶ τὴν κατάστασιν τῶν διαδίκων, τὴν διεύθυνσιν τοῦ πρὸς ὃν ἀπευθύνεται καὶ τὴν φύσιν τοῦ ἐπιδιδομένου ἐγγράφου. Ἡ αἴτησις συντάσσεται εἰς τὴν ἐπίσημον γλῶσσαν τοῦ αἰτοῦντος Κράτους. Δέον νὰ ἐπισυνάπτηται μετάφρασις τῆς αἰτήσεως εἰς τὴν γλῶσσαν τοῦ πρὸς ὃ ἀπευθύνεται ἡ αἴτησις Κράτους, πρὸς δὲ δέον νὰ χρησιμοποιῶνται τὰ παρὰ τῶν δύο Κυβερνήσεων συντεταγμένα εἰς ἀμφοτέρας τὰς γλώσσας σχετικὰ ἔντυπα.

037416

H3598 – 0008

H3598 – 0009

(2) Die Urkunde, durch die die Zustellung nachgewiesen wird, ist dem Konsul zu übersenden; gegebenenfalls ist ihm der die Zustellung hindernde Umstand mitzuteilen.

Artikel 2

Für die Zustellung hat die zuständige Behörde des ersuchten Staates Sorge zu tragen. Diese Behörde kann sich, abgesehen von den im Artikel 3 vorgesehenen Fällen, darauf beschränken, die Zustellung durch Übergabe des Schriftstückes an den Empfänger zu bewirken, sofern er zur Annahme bereit ist.

Artikel 3

(1) Ist das zuzustellende Schriftstück in der Sprache des ersuchten Staates abgefaßt oder ist es von einer Übersetzung in diese Sprache begleitet, so läßt die ersuchte Behörde, falls in dem Antrag ein dahingehender Wunsch ausgesprochen ist, das Schriftstück in der durch ihre innere Gesetzgebung für die Bewirkung gleichartiger Zustellungen vorgeschriebenen Form oder in einer besonderen Form, sofern diese ihrer Gesetzgebung nicht zuwiderläuft, zustellen. Ist ein solcher Wunsch nicht ausgesprochen, so wird die ersuchte Behörde zunächst die Übergabe nach den Vorschriften des Artikels 2 zu bewirken suchen.

(2) Die im vorstehenden Absatz vorgesehene Übersetzung ist von dem diplomatischen oder konsularischen Vertreter oder einem beeidigten Dolmetscher des ersuchenden oder ersuchten Staates zu beglaubigen.

Artikel 4

Die Ausführung der in den Artikeln 1, 2, 3 vorgesehenen Zustellung kann nur abgelehnt werden, wenn der ersuchte Staat sie für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

Artikel 5

(1) Der Nachweis der Zustellung erfolgt entweder durch ein mit Datum versehenes und beglaubigtes Empfangsbekenntnis des Empfängers oder durch ein Zeugnis der Behörde des ersuchten Staates, aus dem sich die Tatsache, die Form und die Zeit der Zustellung ergeben.

(2) Ist das zuzustellende Schriftstück in zwei gleichen Stücken übermittelt worden, so ist das Empfangsbekenntnis oder das Zeugnis auf eins der beiden Stücke zu setzen oder damit zu verbinden.

Artikel 6

Jeder der beiden Staaten hat die Befugnis, Zustellungen an eigene Staatsangehörige, die sich im Gebiete des anderen Staates befinden, durch seine diplomatischen und konsularischen Vertreter ohne Anwendung von Zwang bewirken zu lassen.

2. Τὸ ἔγγραφον δι' οὗ ἀποδεικνύεται ἡ ἐπίδοσις δέον νὰ διαβιβάζηται πρὸς τὸν Πρόξενον, εἰς τὸν ὁποῖον ἐν πάσῃ περιπτώσει δέον νὰ ἀνακοινοῦται τὸ γεγονὸς τὸ παρακωλῦσαν τὴν ἐπίδοσιν.

Ἄρθρον 2.

Διὰ τὴν ἐπίδοσιν δέον νὰ μεριμνᾷ ἡ ἁρμοδία ἀρχὴ τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους. Ἡ ἀρχὴ αὕτη δύναται, ἐξαιρέσει τῶν ἐν ἄρθρῳ 3 προβλεπομένων περιπτώσεων, νὰ περιορίζηται εἰς ἐπίδοσιν διὰ παραδόσεως τοῦ ἐγγράφου εἰς τὸν πρὸς ὃν ἀπευθύνεται, ἐὰν οὗτος εἶναι διατεθειμένος νὰ τὸ παραλάβῃ.

Ἄρθρον 3.

1. Ἐὰν τὸ πρὸς ἐπίδοσιν ἔγγραφον εἶναι συντεταγμένον εἰς τὴν γλῶσσαν τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους, ἢ συνοδεύηται ὑπὸ μεταφράσεως εἰς τὴν γλῶσσαν ταύτην, ἡ πρὸς ἣν ἀπευθύνεται ἡ αἴτησις ἀρχὴ δέον, ἐφ' ὅσον τοιαύτη ἐπιθυμία ἐκφράζεται ἐν τῇ αἰτήσει, νὰ ἐπιδώσῃ τὸ ἔγγραφον κατὰ τὸν ὑπὸ τῆς ἐσωτερικῆς νομοθεσίας ὁριζόμενον διὰ παρομοίας ἐπιδόσεις τύπον, ἢ κατ' ἄλλον ἰδίαζοντα τύπον, ἐφ' ὅσον οὗτος δὲν ἀντίκειται εἰς τὴν νομοθεσίαν τοῦ ἰδίου αὐτῆς Κράτους. Ἐὰν δὲν ἐκφράζηται τοιαύτη ἐπιθυμία, τότε ἡ πρὸς ἣν ἡ αἴτησις ἀρχὴ θέλει ἐνεργήσει τὴν ἐπίδοσιν συμφώνως πρὸς τὰς διατάξεις τοῦ ἄρθρου 2.

2. Ἡ ἐν τῇ προηγουμένῃ παραγράφῳ προβλεπομένη μετάφρασις ὑπόκειται εἰς ἐπικύρωσιν ὑπὸ τοῦ διπλωματικοῦ ἢ προξενικοῦ Ἀντιπροσώπου ἢ ὡρκισμένου ἑρμηνέως τοῦ αἰτοῦντος ἢ τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους.

Ἄρθρον 4.

Ἡ ἐκτέλεσις τῆς ἐν ἄρθροις 1, 2 καὶ 3, προβλεπομένης ἐπιδόσεως δὲν δύναται νὰ ἀποκρουσθῇ εἰμὴ μόνον ἐὰν τὸ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτος κρίνῃ ταύτην ὡς δυναμένην νὰ θίξῃ τὰ κυριαρχικὰ δικαιώματα ἢ τὴν ἀσφάλειάν του.

Ἄρθρον 5.

1. Ἡ ἀπόδειξις τῆς ἐπιδόσεως προκύπτει εἴτε ἐκ χρονολογημένου καὶ δεόντως ἐπικεκυρωμένου ἀποδεικτικοῦ παραλαβῆς ὑπὸ τοῦ πρὸς ὃν ἀπευθύνεται τὸ ἔγγραφον, ἢ διὰ πιστοποιητικοῦ τῆς ἀρχῆς τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους, ἐμφαίνοντος τὸ γεγονός, τὸν τύπον καὶ τὴν χρονολογίαν τῆς ἐπιδόσεως.

2. Ἐὰν τὸ πρὸς ἐπίδοσιν ἔγγραφον διεβιβάσθη εἰς διπλοῦν, τὸ ἀποδεικτικὸν ἢ ἡ πιστοποίησις δέον νὰ ὦσι συντεταγμένα ἐφ' ἑνὸς τῶν δύο ἀντιτύπων ἢ ἐπισυνημμένα εἰς ἓν ἐκ τούτων.

Ἄρθρον 6.

Ἕκαστον τῶν δύο Κρατῶν δικαιοῦται νὰ ἐπιδίδῃ ἔγγραφα πρὸς τοὺς ἰδίους αὐτοῦ ὑπηκόους, εὑρισκομένους ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους, διὰ τῶν διπλωματικῶν ἢ προξενικῶν Ἀντιπροσώπων του ἄνευ ἀσκήσεως καταναγκαστικῶν μέσων.

03747

II. Rechtshilfeersuchen

Artikel 7

In Zivil- und Handelssachen kann sich die Gerichtsbehörde des einen Staates gemäß den Vorschriften ihrer Gesetzgebung mittels Ersuchens an die zuständige Behörde des anderen Staates wenden, um die Vornahme einer Prozeßhandlung oder anderer gerichtlicher Handlungen innerhalb des Geschäftskreises dieser Behörde nachzusuchen.

Artikel 8

(1) Die Rechtshilfeersuchen werden durch den Konsul des ersuchenden Staates im Deutschen Reich dem Präsidenten des Landgerichts, in Griechenland dem Staatsanwalt bei dem Gerichtshof erster Instanz übermittelt, in dessen Bezirk die Handlung vorgenommen werden soll.

(2) Die Urkunde, aus der sich die Erledigung des Ersuchens oder der die Erledigung hindernde Umstand ergibt, ist dem Konsul zu übersenden.

Artikel 9

Die Rechtshilfeersuchen sind in der amtlichen Sprache des ersuchenden Staates abzufassen. Eine Übersetzung in die amtliche Sprache des ersuchten Staates, die gemäß Artikel 3 Abs. 2 zu beglaubigen ist, ist beizufügen.

Artikel 10

(1) Die Gerichtsbehörde, an die das Ersuchen gerichtet wird, ist verpflichtet, ihm zu entsprechen und dabei dieselben Zwangsmittel anzuwenden wie bei der Erledigung eines Ersuchens der Behörde des ersuchten Staates oder eines zum gleichen Zwecke gestellten Antrags einer beteiligten Partei. Diese Zwangsmittel brauchen nicht angewendet zu werden, wenn es sich um das persönliche Erscheinen streitender Parteien handelt.

(2) Die ersuchende Behörde ist auf ihr Verlangen von der Zeit und dem Orte der auf das Ersuchen vorzunehmenden Handlung zu benachrichtigen, damit die beteiligte Partei ihr beizuwohnen in der Lage ist.

(3) Die Erledigung des Ersuchens kann nur abgelehnt werden, wenn der Staat, in dessen Gebiete die Erledigung stattfinden soll, sie für geeignet hält, seine Hoheitsrechte oder seine Sicherheit zu gefährden.

Artikel 11

Im Falle der Unzuständigkeit der ersuchten Behörde ist das Ersuchen von Amts wegen an die zuständige Behörde des ersuchten Staates nach den von dessen Gesetzgebung aufgestellten Regeln abzugeben.

II. ΑΙΤΗΣΙΣ ΔΙΚΑΣΤΙΚΗΣ ΑΝΤΙΛΗΨΕΩΣ

Ἄρθρον 7.

Ἐπὶ ἀστικῶν καὶ ἐμπορικῶν ὑποθέσεων δύναται ἡ δικαστικὴ ἀρχὴ τοῦ ἑνὸς Κράτους ν' ἀπευθύνηται, συμφώνως πρὸς τὰς διατάξεις τῆς νομοθεσίας του, δι' αἰτήσεως πρὸς τὴν ἁρμοδίαν ἀρχὴν τοῦ ἑτέρου Κράτους, ἵνα ζητήσῃ παρὰ ταύτης ὅπως ἐπιληφθῇ δίκης ἢ ἑτέρας δικαστικῆς πράξεως ἐμπιπτούσης εἰς τὴν δικαιοδοσίαν τῆς ἀρχῆς ταύτης.

Ἄρθρον 8.

1. Αἱ περὶ δικαστικῆς ἀντιλήψεως αἰτήσεις διαβιβάζονται διὰ τοῦ Προξένου τοῦ αἰτοῦντος Κράτους, ἐν μὲν τῇ Γερμανίᾳ πρὸς τὸν Πρόεδρον τοῦ Πρωτοδικείου (Λάνδγκερίχτ), ἐν Ἑλλάδι δὲ πρὸς τὸν Εἰσαγγελέα τοῦ Πρωτοδικείου, εἰς τὴν περιφέρειαν τοῦ ὁποίου δέον νὰ διεξαχθῇ ἡ δικαστικὴ ἐνέργεια.

2. Τὸ ἔγγραφον, τὸ ἐμφαῖνον τὴν ἐκτέλεσιν τῆς αἰτήσεως ἢ τὸ γεγονὸς τὸ παρακωλῦον ταύτην, δέον νὰ διαβιβάζηται πρὸς τὸν Πρόξενον.

Ἄρθρον 9.

Αἱ περὶ δικαστικῆς ἀντιλήψεως αἰτήσεις δέον νὰ ὦσι συντεταγμέναι εἰς τὴν ἐπίσημον γλῶσσαν τοῦ αἰτοῦντος Κράτους. Εἰς ταύτας δέον νὰ ἐπισυνάπτηται μετάφρασις εἰς τὴν ἐπίσημον γλῶσσαν τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους, δεόντως ἐπικεκυρωμένη κατὰ τὸ ἄρθρον 3 παρ. 2.

Ἄρθρον 10.

1. Ἡ δικαστικὴ ἀρχή, πρὸς ἣν ἀπευθύνεται ἡ αἴτησις, ὀφείλει νὰ ἐκτελέσῃ ταύτην καὶ πρὸς τοῦτο νὰ ἐφαρμόσῃ τὰ αὐτὰ ἐξαναγκαστικὰ μέτρα τὰ προβλεπόμενα διὰ τὴν ἐκτέλεσιν αἰτήσεως τῶν ἀρχῶν τοῦ ἰδίου αὐτῆς Κράτους ἢ αἰτήσεως ὑποβληθείσης πρὸς τὸν αὐτὸν σκοπὸν ὑπό τινος ἐνδιαφερομένου διαδίκου. Δὲν παρίσταται ἀνάγκη ἐφαρμογῆς τῶν ἀναγκαστικῶν τούτων μέτρων ὅταν πρόκειται περὶ προσωπικῆς ἐμφανίσεως ἀντιδίκων.

2. Εἰς τὴν αἰτοῦσαν ἀρχὴν θέλει ἀνακοινοῦσθαι, τῇ αἰτήσει αὐτῆς, ὁ χρόνος καὶ ὁ τόπος τῆς ἐκτελέσεως τῆς ἐν τῇ αἰτήσει δικαστικῆς ἐνεργείας, ἵνα ὁ ἐνδιαφερόμενος διάδικος δύναται νὰ παρίσταται εἰς ταύτην.

3. Ἡ ἐκτέλεσις τῆς αἰτήσεως δύναται ν' ἀπορρουσθῇ μόνον ἐὰν τὸ Κράτος, ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ὁποίου δέον νὰ λάβῃ χώραν ἡ ἐκτέλεσις, κρίνῃ ταύτην ὡς δυναμένην νὰ θίξῃ τὴν κυριαρχίαν ἢ ἀσφάλειάν του.

Ἄρθρον 11.

Ἐν περιπτώσει ἀναρμοδιότητος τῆς πρὸς ἣν ἡ αἴτησις ἀρχῆς, δέον ἡ αἴτησις νὰ διαβιβάζηται αὐτεπαγγέλτως ὑπὸ τῆς ἀρχῆς ταύτης εἰς τὴν ἁρμοδίαν ἀρχὴν τοῦ πρὸς ὃ ἀπευθύνεται ἡ αἴτησις Κράτους, κατὰ τὰ ὑπὸ τῆς νομοθεσίας τούτου ὁριζόμενα.

037418

H3598 – 0010

H3598 – 0011

Artikel 12

In allen Fällen, in denen das Ersuchen von der ersuchten Behörde nicht erledigt wird, hat diese den Konsul des ersuchenden Staates hiervon unverzüglich zu benachrichtigen, und zwar im Falle des Artikels 10 unter Angabe der Gründe, aus denen die Erledigung des Ersuchens abgelehnt worden ist, und im Falle des Artikels 11 unter Bezeichnung der Behörde, an die das Ersuchen abgegeben wird.

Artikel 13

(1) Die Gerichtsbehörde, die zur Erledigung eines Ersuchens schreitet, hat in Ansehung der zu beobachtenden Formen die Gesetze ihres Landes anzuwenden.

(2) Jedoch ist dem Antrage der ersuchenden Behörde, daß nach einer besonderen Form verfahren werde, zu entsprechen, sofern diese Form der Gesetzgebung des ersuchten Staates nicht zuwiderläuft.

Artikel 14

Jeder der beiden Staaten hat die Befugnis, Ersuchen um Vernehmung eigener Staatsangehöriger, die sich im Gebiete des anderen Staates befinden, durch seine diplomatischen oder konsularischen Vertreter ohne Anwendung von Zwang erledigen zu lassen.

III. Sicherheitsleistung für die Prozeßkosten

Artikel 15

(1) Den Angehörigen des einen Staates, die vor den Gerichten des anderen Staates als Kläger oder Intervenienten auftreten, darf wegen ihrer Eigenschaft als Ausländer oder wegen Mangels eines inländischen Wohnsitzes oder Aufenthalts keine Sicherheitsleistung oder Hinterlegung, unter welcher Benennung es auch sei, auferlegt werden.

(2) Das gleiche gilt für die Vorauszahlung, die von den Klägern oder Intervenienten zur Deckung der Gerichtskosten anzufordern wäre.

Artikel 16

(1) Ergeht im Gebiete des einen Staates eine Verurteilung in die Prozeßkosten gegen einen Kläger oder Intervenienten, der von der Sicherheitsleistung, Hinterlegung oder Vorauszahlung auf Grund des Artikels 15 oder eines im Staate der Klageerhebung geltenden Gesetzes befreit ist, so ist diese Verurteilung im Gebiete des anderen Staates durch die zuständige Behörde kostenfrei für vollstreckbar zu erklären. Der Antrag kann im diplomatischen Wege oder unmittelbar bei der zuständigen Behörde durch den Kostengläubiger gestellt werden.

(2) Die gleiche Regel findet Anwendung auf gerichtliche Entscheidungen, durch die die Prozeßkosten später festgesetzt werden.

Ἄρθρον 12.

Εἰς πάσας τὰς περιπτώσεις, καθ' ἃς ἡ αἴτησις δὲν ἤθελεν ἐκτελεσθῆ ὑπὸ τῆς πρὸς ἣν ἀπευθύνεται αὕτη ἀρχῆς, δέον αὕτη νὰ γνωστοποιήσῃ τοῦτο πάραυτα εἰς τὸν Πρόξενον τοῦ αἰτοῦντος Κράτους, καὶ εἰς τὴν περίπτωσιν τοῦ ἄρθρου 10 νὰ ἀναφέρῃ τὰ αἴτια δι' ἃ ἀπεκρούσθη ἡ ἐκτέλεσις τῆς αἰτήσεως, εἰς δὲ τὴν περίπτωσιν τοῦ ἄρθρου 11 νὰ καθορίζῃ τὴν ἀρχὴν πρὸς ἣν θέλει διαβιβασθῆ ἡ αἴτησις.

Ἄρθρον 13.

1. Ἡ δικαστικὴ ἀρχή, ἡ προβαίνουσα εἰς τὴν ἐκτέλεσιν μιᾶς αἰτήσεως, δέον νὰ ἐφαρμόζῃ σχετικῶς πρὸς τοὺς ἀκολουθητέους τύπους τοὺς νόμους τοῦ ἰδίου αὐτῆς Κράτους.

2. Ἐν τούτοις ἡ αἴτησις τοῦ αἰτοῦντος Κράτους διὰ τὴν ἐφαρμογὴν εἰδικοῦ τύπου θὰ γίνηται ἀποδεκτή, ἐφ' ὅσον ὁ τύπος οὗτος δὲν ἀντίκειται εἰς τὴν νομοθεσίαν τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους.

Ἄρθρον 14.

Ἕκαστον τῶν δύο Κρατῶν δύναται νὰ ἐκτελῇ αἰτήσεις περὶ ἐξετάσεως ἰδίων αὐτοῦ ὑπηκόων, εὑρισκομένων ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους, διὰ τῶν διπλωματικῶν ἢ προξενικῶν αὐτοῦ Ἀντιπροσώπων, ἄνευ ἀσκήσεως καταναγκαστικῶν μέσων.

III. ΕΓΓΥΟΔΟΣΙΑ ΔΙΑ ΤΑ ΕΞΟΔΑ ΤΗΣ ΔΙΚΗΣ

Ἄρθρον 15.

1. Εἰς τοὺς ὑπηκόους τοῦ ἑνὸς Κράτους, τοὺς ἐμφανιζομένους ἐνώπιον τῶν Δικαστηρίων τοῦ ἑτέρου Κράτους ὡς ἐνάγοντας ἢ παρεμβαίνοντας, οὐδεμία ὑποχρέωσις ἐγγυοδοσίας ἢ καταθέσεως, ὑφ' οἱανδήποτε ὀνομασίαν, δύναται νὰ ἐπιβληθῇ εἴτε λόγῳ τῆς ἰδιότητος τοῦ ἀλλοδαποῦ, εἴτε διὰ τὴν ἔλλειψιν κατοικίας ἢ διαμονῆς ἐν τῇ χώρᾳ.

2. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει προκειμένου περὶ προκαταβολῆς, ἣν ἤθελον ἀπαιτήσει οἱ ἐνάγοντες ἢ παρεμβαίνοντες πρὸς κάλυψιν τῶν ἐξόδων τῆς δίκης.

Ἄρθρον 16.

1. Ἐὰν ὁ ἐνάγων ἢ ὁ παρεμβαίνων, ὁ ἀπηλλαγμένος, συμφώνως πρὸς τὸ ἄρθρον 15 ἢ συμφώνως πρὸς νόμον ἰσχύοντα ἐν τῷ Κράτει ἔνθα ἀσκεῖται ἡ ἀγωγή, τῆς ἐγγυοδοσίας ἢ καταθέσεως ἢ προκαταβολῆς, καταδικασθῇ ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἑνὸς Κράτους εἰς τὰ ἔξοδα τῆς δίκης, δέον ἡ καταδίκη αὕτη νὰ κηρυχθῇ ἐκτελεστὴ ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους διὰ τῶν ἁρμοδίων ἀρχῶν ἀτελῶς καὶ ἀνεξόδως. Ἡ σχετικὴ αἴτησις δύναται νὰ ὑποβληθῇ ὑπὸ τοῦ δικαιουμένου εἴτε διὰ τῆς διπλωματικῆς ὁδοῦ, εἴτε ἀπ' εὐθείας εἰς τὴν ἁρμοδίαν ἀρχήν.

2. Ὁ αὐτὸς κανὼν ἐφαρμόζεται προκειμένου περὶ δικαστικῶν ἀποφάσεων, δι' ὧν τὰ δικαστικὰ ἔξοδα ὁρίζονται μεταγενεστέρως.

037419

(3) Unter gerichtlichen Entscheidungen sind auch die von den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (Gerichtsschreibern) innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Kostenfestsetzungsbeschlüsse zu verstehen.

Artikel 17

(1) Die im Artikel 16 erwähnten Kostenentscheidungen werden ohne Anhörung der Parteien für vorläufig vollstreckbar erklärt, jedoch unbeschadet eines späteren Rekurses der verurteilten Partei gemäß der Gesetzgebung des Staates, in dessen Gebiet die Vollstreckung betrieben wird.

(2) Dabei ist nur zu prüfen:

1. ob nach den Gesetzen des Landes, wo die Verurteilung ausgesprochen ist, die Ausfertigung der Entscheidung die für ihre Beweiskraft erforderlichen Bedingungen erfüllt;

2. ob nach diesen Gesetzen die Entscheidung rechtskräftig ist.

(3) Zum Nachweis dieser Erfordernisse ist im Deutschen Reich eine Bescheinigung des Präsidenten des zuständigen Landgerichts, in Griechenland eine Bescheinigung des Präsidenten des Gerichtshofs erster Instanz oder, wenn das entscheidende Gericht ein Gericht höherer Ordnung ist, des Präsidenten dieses Gerichts ausreichend, daß die Entscheidung rechtskräftig ist.

(4) Dem Antrage ist eine Übersetzung des entscheidenden Teils der Entscheidung sowie der in Abs. 3 erwähnten Bescheinigung in die amtliche Sprache des ersuchten Staates beizufügen. Die Übersetzungen sind gemäß Artikel 3 Abs. 2 zu beglaubigen.

IV. Armenrecht

Artikel 18

Die Angehörigen des einen Staates werden im anderen Staate zum Armenrecht unter denselben Bedingungen wie die Landesangehörigen zugelassen.

Artikel 19

(1) Die Bescheinigung des Unvermögens muß von den Behörden des gewöhnlichen Aufenthaltsorts des Antragstellers oder in Ermangelung eines solchen von den Behörden seines derzeitigen Aufenthaltsorts ausgestellt sein.

(2) Hält sich der Antragsteller nicht in einem der beiden Staaten auf, so ist die Bescheinigung des für den Antragsteller zuständigen diplomatischen oder konsularischen Vertreters seines Staates ausreichend.

Artikel 20

(1) Die zur Ausstellung der Bescheinigung über das Unvermögen zuständige Behörde kann bei den

3. Εἰς τὰς δικαστικὰς ἀποφάσεις νοοῦνται περιλαμβανόμεναι καὶ αἱ ὑπὸ τῶν γραμματέων τῶν Δικαστηρίων ἐκδιδόμεναι ἐντὸς τῆς ἁρμοδιότητος αὐτῶν ἀποφάσεις περὶ καθορισμοῦ τῶν ἐξόδων.

Ἄρθρον 17.

1. Αἱ εἰς τὸ ἄρθρον 16 ἀναφερόμεναι ἀποφάσεις περὶ δικαστικῶν ἐξόδων κηρύσσονται προσωρινῶς ἐκτελεσταί, ἄνευ ἀκροάσεως τῶν διαδίκων, διατηρουμένου οὐχ ἧττον τοῦ δικαιώματος μεταγενεστέρας προσφυγῆς τοῦ καταδικασθέντος διαδίκου συμφώνως τῇ νομοθεσίᾳ τοῦ Κράτους, εἰς τὸ ἔδαφος τοῦ ὁποίου εἶναι ἐκτελεστέα ἡ ἀπόφασις.

2. Πρὸς τοῦτο δέον μόνον νὰ ἐξετάζηται:

α) ἐὰν, κατὰ τοὺς νόμους τῆς χώρας ἐν ᾗ ἐκδίδεται ἡ καταδικαστικὴ ἀπόφασις, τὸ ἀπόγραφον τῆς ἀποφάσεως πληροῖ τοὺς ἀπαιτουμένους διὰ τὴν ἀποδεικτικὴν ἰσχύν του ὅρους.

β) ἐὰν ἡ ἀπόφασις κατὰ τοὺς αὐτοὺς νόμους, εἶναι τελεσίδικος.

3. Διὰ τὴν ἀπόδειξιν τῶν ἀνωτέρω ἀρκεῖ μία πιστοποίησις περὶ τῆς τελεσιδικίας τῆς ἀποφάσεως, ἐκδιδομένη ἐν μὲν τῷ Γερμανικῷ Ράϊχ ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Πρωτοδικείου (Λάνδγκερίχτ), ἐν Ἑλλάδι δὲ ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Πρωτοδικείου, ἢ ἐὰν ἡ ἀπόφασις ἐξεδόθη ὑπὸ ἀνωτέρου Δικαστηρίου, ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Δικαστηρίου τούτου.

4. Εἰς τὴν αἴτησιν δέον νὰ ἐπισυνάπτηται μετάφρασις τοῦ διατακτικοῦ τῆς ἀποφάσεως, ὡς καὶ μετάφρασις τῆς κατὰ τὴν παρ. 3 πιστοποιήσεως, συντεταγμέναι εἰς τὴν ἐπίσημον γλῶσσαν τοῦ πρὸς ὃ ἀπευθύνεται ἡ αἴτησις Κράτους. Αἱ μεταφράσεις δέον νὰ ἐπικυρῶνται συμφώνως τῷ ἄρθρῳ 3 παρ. 2.

IV. ΕΥΕΡΓΕΤΗΜΑ ΠΕΝΙΑΣ

Ἄρθρον 18.

Οἱ ὑπήκοοι τοῦ ἑνὸς Κράτους θ' ἀπολαύωσιν ἐν τῷ ἑτέρῳ Κράτει τοῦ εὐεργετήματος τῆς πενίας ὑπὸ τοὺς αὐτοὺς ὡς οἱ ἰθαγενεῖς ὅρους.

Ἄρθρον 19.

1. Τὸ πιστοποιητικὸν τῆς πενίας δέον νὰ ἐκδίδηται ὑπὸ τῶν ἀρχῶν τοῦ τόπου τῆς συνήθους διαμονῆς τοῦ αἰτοῦντος, ἢ, ἐν ἐλλείψει τοιούτου, ὑπὸ τῶν ἀρχῶν τοῦ τόπου τῆς νῦν διαμονῆς του.

2. Ἐὰν ὁ αἰτῶν δὲν διαμένῃ εἰς ἓν τῶν δύο Κρατῶν, ἀρκεῖ ἡ πιστοποίησις τοῦ ἁρμοδίου διὰ τὸν αἰτοῦντα διπλωματικοῦ ἢ προξενικοῦ Ἀντιπροσώπου τῆς χώρας του.

Ἄρθρον 20.

1. Ἡ ἁρμοδία πρὸς ἔκδοσιν τοῦ πιστοποιητικοῦ πενίας ἀρχὴ δύναται νὰ ἀρυσθῇ πληροφορίας περὶ

037430

H3598 – 0012

H3598 – 0013

Behörden des anderen Staates Auskünfte über die Vermögenslage des Antragstellers einziehen.

(2) Die Behörde, die über den Antrag auf Bewilligung des Armenrechts zu entscheiden hat, behält in den Grenzen ihrer Amtsbefugnisse das Recht, die Bescheinigungen und Auskünfte einer Nachprüfung zu unterziehen und sich zum Zwecke genügender Aufklärung ergänzende Mitteilungen geben zu lassen.

Artikel 21

Ist einem Angehörigen des einen Staates von der zuständigen Behörde das Armenrecht bewilligt, so soll ihm dieses Recht auch in allen Prozeßhandlungen einschließlich der zur Vollstreckungsinstanz gehörigen zustehen, die sich auf denselben Rechtsstreit beziehen und vor den Gerichten des anderen Staates auf Grund des ersten und zweiten Abschnitts dieses Vertrags vorgenommen werden.

Artikel 22

Befindet sich ein Angehöriger des einen Staates außerhalb des Gebiets des anderen Staates, in dem er das Armenrecht nachsuchen will, so kann sein Armenrechtsgesuch samt der Bescheinigung des Unvermögens und sonstigen für die Entscheidung etwa dienlichen Beweisstücke durch den zuständigen Konsul seines Staates der für die Entscheidung zuständigen Stelle des anderen Staates übermittelt werden. Für die Übermittlung und die weitere Behandlung des Gesuchs gelten die Vorschriften des zweiten Abschnitts entsprechend.

V. Personalhaft

Artikel 23

In Zivil- und Handelssachen darf die Personalhaft sowohl als Mittel der Zwangsvollstreckung wie auch lediglich als Sicherungsmaßregel gegen einen Angehörigen des anderen Staates nur in den Fällen angewendet werden, in denen sie auch gegen Landesangehörige anwendbar sein würde. Eine Tatsache, auf Grund deren ein im Inlande wohnhafter Inländer die Aufhebung der Personalhaft beantragen kann, soll zugunsten des Angehörigen des anderen Staates die gleiche Wirkung auch dann haben, wenn sich diese Tatsache im Ausland ereignet hat.

VI. Beglaubigung (Legalisation) von Urkunden

Artikel 24

(1) Urkunden, die von einem deutschen Landgericht oder einem griechischen Gerichtshof erster Instanz oder einem deutschen oder griechischen Gericht höherer Ordnung, von einer deutschen oder griechischen obersten Verwaltungsbehörde oder von einem deutschen oder griechischen obersten Verwaltungsgericht aufgenommen, ausgestellt oder beglau-

τῆς περιουσιακῆς καταστάσεως τοῦ αἰτοῦντος παρὰ τῶν ἀρχῶν τοῦ ἑτέρου Κράτους.

2. Ἡ ἀρχὴ ἡ ἀποφαινομένη ἐπὶ τῆς αἰτήσεως διὰ τὴν χορήγησιν τοῦ εὐεργετήματος τῆς πενίας διατηρεῖ, ἐντὸς τῶν ὁρίων τῆς δικαιοδοσίας αὐτῆς, τὸ δικαίωμα νὰ προβαίνῃ εἰς ἔλεγχον τῶν πιστοποιητικῶν καὶ πληροφοριῶν, ὡς καὶ νὰ λαμβάνῃ συμπληρωματικὰς πληροφορίας ἐπὶ τῷ σκοπῷ ἐπαρκοῦς διαφωτίσεώς της.

Ἄρθρον 21.

Ἐὰν τὸ εὐεργέτημα τῆς πενίας ἐχορηγήθη ὑπὸ τῆς ἁρμοδίας ἀρχῆς εἰς ὑπήκοον τοῦ ἑνὸς Κράτους, οὗτος θὰ ἀπολαύῃ τοῦ εὐεργετήματος τούτου εἰς πάσας τὰς σχετικὰς πρὸς τὴν ὑπόθεσιν ταύτην διαδικαστικὰς πράξεις, συμπεριλαμβανομένων καὶ τῶν ἀφορωσῶν τὴν περὶ τὴν ἐκτέλεσιν διαδικασίαν, τὰς διεξαγομένας ἐνώπιον τῶν Δικαστηρίων τοῦ ἑτέρου Κράτους, ἐπὶ τῇ βάσει τῶν Κεφαλαίων I καὶ II τῆς παρούσης συμβάσεως.

Ἄρθρον 22.

Ἐὰν ὁ ὑπήκοος τοῦ ἑνὸς Κράτους διαμένῃ ἐκτὸς τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους παρὰ τοῦ ὁποίου θέλει νὰ ζητήσῃ τὸ εὐεργέτημα τῆς πενίας, ἡ περὶ τοῦ εὐεργετήματος τούτου αἴτησίς του μετὰ τοῦ πιστοποιητικοῦ πενίας, καὶ λοιπῶν χρησίμων διὰ τὴν ἔκδοσιν τῆς ἀποφάσεως ἀποδεικτικῶν ἐγγράφων, δύναται νὰ διαβιβασθῇ διὰ τοῦ ἁρμοδίου Προξένου τοῦ Κράτους του πρὸς τὴν ἁρμοδίαν διὰ τὴν ἔκδοσιν τῆς ἀποφάσεως ἀρχὴν τοῦ ἑτέρου Κράτους. Διὰ τὴν διαβίβασιν καὶ ἐκτέλεσιν τῆς αἰτήσεως ἰσχύουσιν αἱ διατάξεις τοῦ Κεφαλαίου II.

V. ΠΡΟΣΩΠΙΚΗ ΚΡΑΤΗΣΙΣ

Ἄρθρον 23.

Ἐπὶ ἀστικῶν καὶ ἐμπορικῶν ὑποθέσεων δύναται νὰ ἐφαρμοσθῇ ἡ προσωπικὴ κράτησις τόσον ὡς μέσον ἀναγκαστικῆς ἐκτελέσεως ὅσον καὶ ἁπλῶς ὡς ἀσφαλιστικὸν μέτρον ἐναντίον ὑπηκόου τοῦ ἑτέρου Κράτους μόνον εἰς ἃς περιπτώσεις θὰ ἠδύνατο νὰ ἐφαρμοσθῇ καὶ ἐναντίον ἰθαγενῶν. Γεγονός, δυνάμει τοῦ ὁποίου ἰθαγενὴς διαμένων ἐν τῷ ἐσωτερικῷ τοῦ Κράτους δύναται νὰ ζητήσῃ τὴν ἄρσιν τῆς προσωπικῆς κρατήσεως, δέον νὰ ἔχῃ τὴν αὐτὴν ἰσχὺν ὑπὲρ τοῦ ὑπηκόου τοῦ ἑτέρου Κράτους, καὶ ἐὰν τὸ τοιοῦτον γεγονὸς ἔλαβε χώραν ἐν τῷ ἐξωτερικῷ.

VI. ΕΠΙΚΥΡΩΣΙΣ ΤΩΝ ΕΓΓΡΑΦΩΝ

Ἄρθρον 24.

1. Ἔγγραφα συνταγμένα, ἐκδεδομένα ἢ ἐπικεκυρωμένα ὑπὸ Γερμανικοῦ Πρωτοδικείου (Λάνδγκερίχτ) ἢ Ἑλληνικοῦ Πρωτοδικείου, ἢ ὑπὸ γερμανικοῦ ἢ ἑλληνικοῦ ἀνωτέρου Δικαστηρίου, ἢ ὑπὸ ἀνωτάτης γερμανικῆς ἢ ἑλληνικῆς διοικητικῆς ἀρχῆς, ἢ ὑπὸ ἀνωτάτου γερμανικοῦ ἢ ἑλληνικοῦ διοικητικοῦ Δικαστηρίου, καὶ φέροντα τὴν σφραγῖδα ἢ τὸ

037421

Total Copies 16

H3598 – 0014

digt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch im Gebiete des anderen Staates keiner Beglaubigung oder Legalisation.

(2) Für Urkunden, die von einem der in Abs. 1 nicht erwähnten deutschen oder griechischen Gerichte, einem Gerichtsvollzieher oder einem Grundbuchamt oder einer Hinterlegungsstelle oder einem deutschen oder griechischen Notar aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt sind, genügt zum Gebrauch im Gebiet des anderen Staates die Beglaubigung (Legalisation) durch den zuständigen Landgerichtspräsidenten im Deutschen Reich und durch den Präsidenten des Gerichtshofs erster Instanz in Griechenland unter Beifügung des Amtssiegels oder Amtsstempels. Das gleiche gilt für die von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle (Gerichtsschreiber) eines deutschen oder griechischen Gerichts aufgenommenen, ausgestellten oder beglaubigten Urkunden. Gehört der Gerichtsschreiber einem Gericht höherer Ordnung an, so erfolgt die Beglaubigung durch den Präsidenten dieses Gerichts.

VII. Gebühren und Auslagen

Artikel 25

(1) Für die Zustellung von Schriftstücken und die Erledigung von Rechtshilfeersuchen kann weder eine Gebühr noch die Erstattung irgendwelcher Auslagen verlangt werden. Dies gilt jedoch nicht für die nach den Gesetzen des ersuchten Staates an Zeugen oder Sachverständige gezahlten Entschädigungen sowie für Kosten, die durch das ausdrückliche Ersuchen, in einer besonderen Form zu verfahren, verursacht sind. Diese Kosten sind unverzüglich durch den ersuchenden Staat zu erstatten ohne Rücksicht darauf, ob er sie von den beteiligten Parteien zurückerhält oder nicht.

(2) Die Erledigung eines Zustellungsantrags oder eines Rechtshilfeersuchens darf nicht deshalb verweigert werden, weil die ersuchende Behörde keinen Vorschuß zur Deckung der Auslagen hinterlegt hat, die nach den Bestimmungen des vorstehenden Absatzes zu erstatten sind.

(3) Portokosten trägt die absendende Behörde.

VIII. Schlußbestimmungen

Artikel 26

Schwierigkeiten, die etwa bei Ausführung des Abkommens entstehen, werden im diplomatischen Wege geregelt.

Artikel 27

Die Deutsche und die Griechische Regierung werden sich die örtliche Gliederung ihrer Gerichte und die obersten Verwaltungsbehörden und Verwaltungsgerichte sowie deren Änderungen mitteilen.

ἔνσημον τῆς ἀρχῆς ταύτης, οὐδεμιᾶς ἐπικυρώσεως ἢ νομιμοποιήσεως χρήζουσι πρὸς χρῆσιν αὐτῶν ἐν τῷ ἐδάφει τοῦ ἑτέρου Κράτους.

2. Δι' ἔγγραφα συντεταγμένα, ἐκδεδομένα ἢ ἐπικεκυρωμένα ὑπὸ γερμανικοῦ ἢ ἑλληνικοῦ Δικαστηρίου μὴ ἀναφερομένου ἐν τῇ παραγράφῳ 1, ὑπὸ δικαστικοῦ Κλητῆρος, Γραφείου Μεταγραφῶν, Ταμείου Παρακαταθηκῶν ἢ Γερμανοῦ ἢ Ἕλληνος Συμβολαιογράφου, ἀρκεῖ πρὸς χρῆσιν ἐπὶ τοῦ ἐδάφους τοῦ ἑτέρου Κράτους, ἡ ἐπικύρωσίς των ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Πρωτοδικείου (Λάνδγκερίχτ) ἐν τῷ Γερμανικῷ Ράϊχ, καὶ ὑπὸ τοῦ Προέδρου τοῦ Πρωτοδικείου ἐν Ἑλλάδι, καὶ ἡ ἐπίθεσις τῆς ἐπισήμου σφραγῖδος ἢ ἐνσήμου. Τὸ αὐτὸ ἰσχύει καὶ διὰ τὰ ἔγγραφα τὰ συντεταγμένα, ἐκδεδομένα ἢ ἐπικεκυρωμένα ὑπὸ τοῦ Γραμματέως γερμανικοῦ ἢ ἑλληνικοῦ Δικαστηρίου. Ἐὰν ὁ Γραμματεὺς ἀνήκει εἰς ἀνώτερον Δικαστήριον, ἡ ἐπικύρωσις γίνεται διὰ τοῦ Προέδρου τοῦ Δικαστηρίου τούτου.

VII. ΤΕΛΗ ΚΑΙ ΕΞΟΔΑ

Ἄρθρον 25.

1. Οὐδὲν τέλος, οὐδὲ καταβολὴ ἐξόδων οἱασδήποτε φύσεως, θὰ ζητῆται διὰ τὴν ἐπίδοσιν ἐγγράφων ἢ τὴν ἐκτέλεσιν αἰτήσεων δικαστικῆς ἀντιλήψεως. Τοῦτο ὅμως δὲν ἰσχύει προκειμένου περὶ ἀποζημιώσεων καταβληθεισῶν κατὰ τοὺς νόμους τοῦ πρὸς ὃ ἡ αἴτησις Κράτους εἰς μάρτυρας ἢ ἐμπειρογνώμονας, ὡς καὶ περὶ ἐξόδων γενομένων συνεπείᾳ ῥητῆς αἰτήσεως ὅπως ἡ διεξαγωγὴ γίνῃ μὲ ἰδιαιτέρας διατυπώσεις. Τὰ ἔξοδα ταῦτα δέον νὰ καταβάλλωνται πάραυτα παρὰ τοῦ αἰτοῦντος Κράτους, ἀσχέτως ἐὰν ταῦτα θὰ ληφθῶσιν ἀπὸ τοὺς ἐνδιαφερομένους διαδίκους.

2. Ἡ ἐκτέλεσις αἰτήσεως ἐπιδόσεως ἢ αἰτήσεως δικαστικῆς ἀντιλήψεως, δὲν δύναται ν' ἀποκρουσθῇ διὰ τὸν λόγον ὅτι ἡ αἰτοῦσα ἀρχὴ δὲν κατέθεσε προκαταβολὴν πρὸς κάλυψιν τῶν ἐξόδων τῶν καταβλητέων κατὰ τὰς διατάξεις τῆς προηγουμένης παραγράφου.

3. Τὰ ταχυδρομικὰ τέλη εἶναι εἰς βάρος τῆς ἀποστελλούσης ἀρχῆς.

VIII. ΑΚΡΟΤΕΛΕΥΤΙΟΙ ΔΙΑΤΑΞΕΙΣ

Ἄρθρον 26.

Αἱ δυσχέρειαι, αἵτινες ἤθελον τυχὸν προκύψει κατὰ τὴν ἐκτέλεσιν τῆς συμβάσεως θὰ κανονίζωνται διὰ τῆς διπλωματικῆς ὁδοῦ.

Ἄρθρον 27.

Αἱ κυβερνήσεις τῆς Γερμανίας καὶ τῆς Ἑλλάδος θὰ πληροφορῶσι ἀλλήλας περὶ τῆς κατὰ τόπους συνθέσεως τῶν Δικαστηρίων των καὶ περὶ τῶν ἀνωτάτων διοικητικῶν Ἀρχῶν καὶ διοικητικῶν Δικαστηρίων αὐτῶν, ὡς καὶ περὶ τῶν σχετικῶν πρὸς ταῦτα μεταβολῶν.

037422

H3598 – 0015

Artikel 28

Dieses Abkommen soll auch für den Fall in Wirksamkeit bleiben, daß Griechenland dem Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17. Juli 1905 beitritt.

Artikel 29

(1) Dieses Abkommen ist in deutscher und griechischer Sprache abgefaßt. Beide Fassungen sind maßgebend.

(2) Das Abkommen soll ratifiziert werden. Der Austausch der Ratifikationsurkunden soll so bald als möglich in Berlin erfolgen.

(3) Das Abkommen tritt zwei Monate nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt für die Dauer von fünf Jahren.

(4) Wird das Abkommen von keinem der beiden Vertragsteile ein Jahr vor Ablauf des fünfjährigen Zeitraumes gekündigt, so bleibt es in Geltung bis zum Ablauf eines Jahres von dem Tage an, an dem es von einem der beiden Staaten gekündigt wird.

Geschehen zu Athen in doppelter Urschrift, in deutscher und in griechischer Sprache, am 11. Mai 1938.

Viktor Prinz zu Erbach A. Delmouzos

Άρθρον 28.

Ἡ παροῦσα Σύμβασις θέλει παραμείνει ἐν ἰσχύι καὶ εἰς ἣν περίπτωσιν ἡ Ἑλλὰς προσχωρήσει εἰς τὴν περὶ Πολιτικῆς Δικονομίας Σύμβασιν τῆς Χάγης τῆς 17 Ἰουλίου 1905.

Άρθρον 29.

1. Ἡ παροῦσα Σύμβασις συνετάχθη εἰς τὴν γερμανικὴν καὶ ἑλληνικὴν γλῶσσαν. Ἀμφότερα τὰ κείμενα ἔχουσι τὴν αὐτὴν ἰσχύν.

2. Ἡ παροῦσα Σύμβασις θέλει κυρωθῆ, αἱ δὲ κυρώσεις θέλουσιν ἀνταλλαγῆ ἐν Βερολίνῳ ἐντὸς τῆς δυνατῆς βραχυτέρας προθεσμίας.

3. Ἡ Σύμβασις θέλει ἰσχύσει δύο μῆνας μετὰ τὴν ἀνταλλαγὴν τῶν ἐπικυρώσεων καὶ θέλει παραμείνει ἐν ἰσχύι ἐπὶ πέντε ἔτη.

4. Ἐὰν ἡ Σύμβασις δὲν καταγγελθῆ ὑφ' ἑνὸς τῶν συμβαλλομένων Κρατῶν ἓν ἔτος πρὸ τῆς λήξεως τῆς πενταετοῦς ἰσχύος της, θὰ παραμείνῃ ἐν ἰσχύι μέχρι τῆς παρελεύσεως ἑνὸς ἔτους ἀπὸ τῆς ἡμέρας τῆς καταγγελίας της ὑφ' ἑνὸς τῶν δύο Κρατῶν.

Ἐγένετο ἐν Ἀθήναις, εἰς διπλοῦν εἰς γερμανικὴν καὶ ἑλληνικὴν γλῶσσαν, τῇ 11 Μαΐου 1938.

Viktor Prinz zu Erbach A. Delmouzos

Bekanntmachung über den deutsch-dänischen Nichtangriffsvertrag.

Vom 28. Juni 1939.

Am 31. Mai 1939 ist in Berlin von Vertretern des Deutschen Reichs und des Königreichs Dänemark ein Nichtangriffsvertrag unterzeichnet worden. Der Vertrag und das dazugehörende Zeichnungsprotokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Der Austausch der Ratifikationsurkunden hat am 24. Juni 1939 in Berlin stattgefunden. Der Vertrag und das Zeichnungsprotokoll sind gemäß Artikel 2 des Vertrags an diesem Tage in Kraft getreten.

Berlin, den 28. Juni 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen

In Vertretung

Freiherr von Weizsäcker

* * *

37423

TC 24

Der Deutsche Reichskanzler
und
Seine Majestät der König von Dänemark
und Island,

fest entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Dänemark unter allen Umständen aufrechtzuerhalten,

sind übereingekommen, diesen Entschluß durch einen Staatsvertrag zu bekräftigen, und haben zu Bevollmächtigten ernannt:

Der Deutsche Reichskanzler:

den Reichsminister des Auswärtigen
Herrn Joachim von Ribbentrop;

Seine Majestät der König von Dänemark und Island:

den außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Berlin,
Herrn Kammerherrn Herluf Zahle,

die nach Austausch ihrer in guter und gehöriger Form befundenen Vollmachten folgende Bestimmungen vereinbart haben:

Artikel 1

Das Deutsche Reich und das Königreich Dänemark werden in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltanwendung gegeneinander schreiten.

Falls es von seiten einer dritten Macht zu einer Aktion der im Absatz 1 bezeichneten Art gegen einen der vertragschließenden Teile kommen sollte, wird der andere vertragschließende Teil eine solche Aktion in keiner Weise unterstützen.

Artikel 2

Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt von da an für eine Zeit von zehn Jahren. Falls der Vertrag nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der vertragschließenden Teile gekündigt wird, verlängert sich seine Geltungsdauer um weitere zehn Jahre. Das gleiche gilt für die folgenden Zeitperioden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet.

Ausgefertigt in doppelter Urschrift, in deutscher und dänischer Sprache, in Berlin am 31. Mai 1939.

Joachim von Ribbentrop Herluf Zahle

Den tyske Rigskansler
og
Hans Majestæt Kongen af Danmark
og Island,

der er fast besluttede paa, under alle Omstændigheder at opretholde Freden mellem Tyskland og Danmark,

er kommet overens om at bekræfte denne Beslutning ved en Traktat og har til deres Befuldmægtigede udnævnt:

Den tyske Rigskansler:

Rigsudenrigsminister
Hr. Joachim von Ribbentrop;

Hans Majestæt Kongen af Danmark og Island:

Hr. Kammerherre Herluf Zahle,
overordentlig Gesandt og befuldmægtiget Minister i Berlin,

som efter Udveksling af deres Fuldmagter, der er befundet i god og behørig Form, er blevet enige om følgende Bestemmelser:

Artikel 1

Det tyske Rige og Kongeriget Danmark vil i intet Tilfælde skride til Krig eller til nogen anden Art af Magtanvendelse mod hinanden.

I Tilfælde af, at det fra en tredie Magts Side skulde komme til en Aktion af den i Stk. 1 betegnede Art mod en af de kontraherende Parter, vil den anden kontraherende Part ikke paa nogen Maade yde en saadan Aktion sin Støtte.

Artikel 2

Denne Traktat vil være at ratificere og Ratifikationsdokumenterne vil snarest muligt være at udveksle i Berlin.

Traktaten træder i Kraft med Udvekslingen af Ratifikationsdokumenterne og gælder fra da af for et Tidsrum af 10 Aar. I Tilfælde af, at Traktaten ikke senest et Aar før Udløbet af denne Frist er opsagt af en af de kontraherende Parter, forlænges dens Gyldighedstid med yderligere 10 Aar. Det samme gælder for de følgende Tidsperioder.

Til Bekræftelse heraf har de respektive Befuldmægtigede underskrevet denne Traktat.

Udfærdiget i to Originaler, i det tyske og i det danske Sprog, i Berlin den 31. Maj 1939.

Joachim von Ribbentrop Herluf Zahle

037434

H3598 – 0016

H3598 – 0017

Zeichnungsprotokoll

Bei der heutigen Unterzeichnung des deutsch-dänischen Vertrags ist das Einverständnis beider Teile über folgendes festgestellt worden:

Eine Unterstützung durch den nicht am Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil im Sinne des Artikels 1 Absatz 2 des Vertrages liegt nicht vor, wenn das Verhalten dieses Teiles mit den allgemeinen Regeln der Neutralität im Einklang steht. Es ist daher nicht als unzulässige Unterstützung anzusehen, wenn zwischen dem nicht an dem Konflikt beteiligten vertragschließenden Teil und der dritten Macht der normale Warenaustausch und Warentransit fortgesetzt wird.

Berlin, den 31. Mai 1939.

Joachim von Ribbentrop — Herluf Zahle

Undertegnelsesprotokol

Ved den i Dag stedfundne Undertegnelse af den tyskdanske Traktat er der blevet konstateret Enighed mellem de to Parter angaaende følgende Punkter:

En Støtte i den i Traktatens Artikel 1. Stk. 2, omhandlede Betydning fra den ikke i Konflikten deltagende kontraherende Parts Side foreligger ikke, naar denne Parts Optræden er forenelig med de almindelige Regler for Neutralitet. Det vil saaledes ikke være at betragte som en utilladelig Støtte, naar den normale Vareudveksling og Varetransit fortsættes mellem den ikke i Konflikten deltagende kontraherende Part og den tredie Magt.

Berlin, den 31. Maj 1939.

Joachim von Ribbentrop — Herluf Zahle

Bekanntmachung über die Anwendung des Internationalen Abkommens zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten in Burma.

Vom 29. Juni 1939.

Nach der Bekanntmachung vom 10. August 1925 (Reichsgesetzbl. II S. 812) hat das Britische Reich das am 3. November 1923 in Genf unterzeichnete Internationale Abkommen zur Vereinfachung der Zollförmlichkeiten (Reichsgesetzbl. 1925 II S. 673) für Indien ratifiziert.

Nach Mitteilung des Generalsekretärs des Völkerbundes hat die Britische Regierung ihm eine Erklärung zugehen lassen, nach der das Abkommen, an welchem Burma bisher als Landesteil Indiens beteiligt war, nunmehr in Burma in seiner Eigenschaft als britische überseeische Besitzung angewendet werden soll.

Diese Erklärung ist am 22. Mai 1939 im Archiv des Sekretariats des Völkerbundes in Genf niedergelegt worden.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 31. Mai 1934 (Reichsgesetzbl. II S. 343).

Berlin, den 29. Juni 1939.

Der Reichsminister des Auswärtigen
In Vertretung
Freiherr von Weizsäcker

Das Reichsgesetzblatt erscheint in zwei gesonderten Teilen – Teil I und Teil II –.
Fortlaufender Bezug nur durch die **Postanstalten**. Bezugspreis vierteljährlich für Teil I = 2,90 RM, für Teil II = 2,50 RM.
Einzelbezug jeder (auch jeder älteren) Nummer nur vom **Reichsverlagsamt**, Berlin NW 40, Scharnhorststraße Nr. 4 (Fernsprecher: 42 92 65 — Postscheckkonto: Berlin 962 00). Einzelnummern werden nach dem Umfang berechnet.
Preis für den achtseitigen Bogen 15 Rpf, aus abgelaufenen Jahrgängen 10 Rpf, ausschließlich der Postdrucksachengebühr.
Bei größeren Bestellungen 10 bis 60 v. H. Preisermäßigung.
Herausgegeben vom Reichsministerium des Innern. – Gedruckt in der Reichsdruckerei, Berlin.

037425

H3598 – 0018

TRADUCTION.

N° 4603. — TRAITÉ DE NON-AGRESSION ENTRE LE REICH ALLEMAND ET LE ROYAUME DE DANEMARK. SIGNÉ A BERLIN, LE 31 MAI 1939.

SA MAJESTÉ LE ROI DE DANEMARK ET D'ISLANDE et LE CHANCELIER DU REICH ALLEMAND,

Fermement résolus à maintenir en toutes circonstances la paix entre le Danemark et l'Allemagne, sont convenus de confirmer cette résolution par un traité et ont désigné pour leurs plénipotentiaires :

SA MAJESTÉ LE ROI DE DANEMARK ET D'ISLANDE :

M. le chambellan Herluf ZAHLE, envoyé extraordinaire et ministre plénipotentiaire à Berlin ;

LE CHANCELIER DU REICH ALLEMAND :

M. Joachim VON RIBBENTROP, ministre des Affaires étrangères du Reich ;

Lesquels, après avoir échangé leurs pleins pouvoirs trouvés en bonne et due forme, sont convenus des dispositions suivantes :

Article premier.

Le Royaume de Danemark et le Reich allemand ne recourront en aucun cas à la guerre ou à un autre mode d'emploi de la force l'un contre l'autre.

Si, de la part d'une tierce Puissance, une action du genre indiqué au premier alinéa devait être entreprise contre l'une des Parties contractantes, l'autre Partie contractante ne soutiendra d'aucune manière une telle action.

Article 2.

Le présent traité sera ratifié, et les instruments de ratification seront échangés aussitôt que possible à Berlin.

Le traité entrera en vigueur au moment de l'échange des instruments de ratification et restera en vigueur à partir de cette date pour une durée de dix ans. Si le traité n'est pas

TRANSLATION.

No. 4603. — TREATY OF NON-AGGRESSION BETWEEN THE GERMAN REICH AND THE KINGDOM OF DENMARK. SIGNED AT BERLIN, MAY 31ST, 1939.

HIS MAJESTY THE KING OF DENMARK AND ICELAND and THE CHANCELLOR OF THE GERMAN REICH,

Being firmly resolved to maintain peace between Denmark and Germany in all circumstances, have agreed to confirm this resolve by means of a Treaty and have appointed as their Plenipotentiaries :

HIS MAJESTY THE KING OF DENMARK AND ICELAND :

M. Herluf ZAHLE, Chamberlain, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary in Berlin ;

THE CHANCELLOR OF THE GERMAN REICH :

M. Joachim VON RIBBENTROP, Minister for Foreign Affairs of the Reich ;

Who, having exchanged their full powers, found in good and due form, have agreed on the following provisions :

Article 1.

The Kingdom of Denmark and the German Reich shall in no case resort to war or to any other use of force one against the other.

Should action of the kind referred to in paragraph 1 be taken by a third Power against one of the Contracting Parties, the other Contracting Party shall not support such action in any way.

Article 2.

The present Treaty shall be ratified and the instruments of ratification shall be exchanged as soon as possible in Berlin.

The Treaty shall come into force on the exchange of the instruments of ratification and shall remain in force for a period of ten years from that date. Should the Treaty not

937436

noncé au plus tard une année avant l'expiration de ce délai par l'une des Parties contractantes, sa validité est prolongée d'une nouvelle période de dix ans. Il en sera de même pour les périodes de temps suivantes.

En foi de quoi, les plénipotentiaires des deux Parties ont signé le présent traité.

Fait en double original, en langues danoise et allemande.

BERLIN, *le* 31 *mai* 1939.

Herluf ZAHLE.
Joachim v. RIBBENTROP.

PROTOCOLE DE SIGNATURE

Lors de la signature, qui a eu lieu ce jour, du Traité dano-allemand, l'accord des deux Parties sur ce qui suit a été constaté :

Il n'y a pas appui de la part de la Partie contractante ne participant pas au conflit, au sens de l'alinéa 2 de l'article premier du traité, si l'attitude de cette Partie est en harmonie avec les règles générales de la neutralité. En conséquence, il n'y a pas lieu de considérer comme appui illicite le fait qu'entre la Partie contractante non impliquée dans le conflit et la tierce Puissance les échanges normaux de marchandises et le transit normal des marchandises se poursuivent.

BERLIN, *le* 31 *mai* 1939.

Herluf ZAHLE.
Joachim v. RIBBENTROP.

be denounced by one of the Contracting Parties at least one year before the expiry of that period, its validity shall be extended for a fresh period of ten years. The same shall apply to subsequent periods.

In witness whereof the Plenipotentiaries of both Parties have signed the present Treaty.

Done in original duplicate, in Danish and German.

BERLIN, *May* 31*st*, 1939.

Herluf ZAHLE.
Joachim v. RIBBENTROP.

PROTOCOL OF SIGNATURE.

On the signature, this day, of the Dano-German Treaty, the agreement existing between the two Parties on the following point has been put on record :

The Contracting Party which is not participating in the conflict shall not be deemed to be giving support, within the meaning of paragraph 2 of Article 1 of the Treaty, if the attitude of that Party is in harmony with the general rules of neutrality. Therefore the fact of a normal exchange of goods and transit of goods continuing between the Contracting Party not involved in the conflict and the third Power shall not be regarded as constituting illicit support.

BERLIN, *May* 31*st*, 1939.

Herluf ZAHLE.
Joachim v. RIBBENTROP.

H3598 – 0019

H3598-0019A

TC-24

GB 77

H-3598

TC 24

17.

G. B. EXHIBIT

037411

16

H3598 – 0020

TC 24 | G. B. EXHIBIT | 77

H3598 – 0021

16 pages, 14 pages printed matter
1 certificate